

Fluchtwelle auf neuem Höhepunkt

5000 in drei Tagen — Furcht vor Versperrung des Weges nach Westberlin

Berlin (Eigenbericht/ap/dpa). Mehr als 5000 Mitteldeutsche sind in drei Tagen aus der Sowjetzone nach Berlin geflohen. Damit hat der neuerliche Flüchtlingsstrom seinen bisherigen Höhepunkt erreicht. Das Ausmaß der Massenflucht wird nur noch von den hohen Fluchtziffern der Monate unmittelbar vor dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 übertroffen. In der ersten Julihälfte sind insgesamt fast 13 000 Einwohner der Sowjetzone nach Westberlin oder in die Bundesrepublik geflohen. Die Ursache der Massenflucht wird in dem verstärkten Druck der SED auf die Bevölkerung und auf die in der Zone verbreiteten Befürchtungen zurückgeführt, daß nach der Unterzeichnung eines Separatfriedens zwischen Ostberlin und Moskau die Flucht nach Westberlin unmöglich werden könnte.

Während man in Westberlin zunächst angenommen hatte, viele Zonenbewohner benutzten schon in früheren Jahren

den Erfahrungen rund 30 Prozent aller nach Westberlin geflüchteten Mitteldeutschen ins Bundesgebiet weiterreisen, ohne sich in Berlin registrieren zu lassen. Diese Flüchtlinge sowie diejenigen, welche die scharf gesicherte Grenze überschreiten,

bzw. von einer genehmigten Reise in die Bundesrepublik nicht mehr in die Zone zurückkehren, werden in den Lagern Uelzen und Gießen registriert.

Vor dem Lager Marienfelde stauten sich im Regen wieder lange Menschenschlangen. Lediglich am Sonntagnachmittag war der Zustrom von Flüchtlingen ein wenig abgeflaut. Wegen des überstarken Andranges haben die zuständigen Stellen in Westberlin mehrere seit einiger Zeit geschlossene Aufnahmelager wieder geöffnet.

Auch die beiden Notaufnahmelager in Uelzen und Gießen erhöhten ihre Aufnahmebereitschaft und beschleunigten das Aufnahmeverfahren.

2,6 Millionen Flüchtlinge

Seit Gründung der Sowjetzonen-Republik im Oktober 1949 sind bis zum Juni dieses Jahres 2 617 439 Mitteldeutsche in die Bundesrepublik geflüchtet. Die Monate März bis Juni 1953 waren die bisher verlustreichsten für das Ulbricht-Regime: In dieser Zeit flohen 171 165 in den Westen.

Die höchste Flüchtlingszahl in einem Monat wurde mit 58 605 im März 1953 registriert. Der Anteil der Jugendlichen unter 25 Jahren an der Gesamtzahl der Flüchtlinge betrug durchschnittlich 49,8 Prozent.

nur den Ferienbeginn, um den Weg in die Freiheit zu gehen, so weiß man jetzt, daß eine große Fluchtwelle in der gesamten Zone und Ostberlin sich wieder in Bewegung gesetzt hat. Täglich kommen rund 1000 Männer, Frauen und Kinder nach Westberlin und in die Bundesrepublik.

Das Bundesvertriebenenministerium macht darauf aufmerksam, daß die vom Notaufnahmelager Marienfelde bekanntgegebenen Ziffern nur einen Teil der Flüchtlinge umfassen, weil nach

Adenauer für Volksabstimmung

Sondersitzung des Senats — Programm für Berlin-Politik

Berlin (Eigenmeldung/ap/dpa). Eine Volksabstimmung der Berliner über den sowjetischen Vorschlag, aus Berlin eine „Freie Stadt“ zu machen, hat Bundeskanzler Adenauer in Berlin befürwortet. In einer Sondersitzung im Schöneberger Rathaus stellten der Kanzler und der Regierende Bürgermeister Brandt außerdem in einem Fünf-Punkte-Programm ihre völlige Einmütigkeit in der Berlin-Politik fest. Adenauer war von der Bevölkerung herzlich begrüßt worden. An allen Straßen, durch die der Kanzler im Laufe des Tages fuhr, standen die Menschen in dichten Reihen.

Bereits auf dem Flughafen Tempelhof hatte der Regierende Bürgermeister dem Kanzler angekündigt, daß ihm die Berliner in den nächsten zwei Tagen zeigen würden, wie sehr sie sich über seinen Besuch freuten. „Leute, die es nicht gut mit uns meinen, wollen die Uneinigkeit um Berlin schüren“, sagte Brandt. Dem Anspruch der anderen Seite auf ein „Teilungsdiktat“ stehe aber der Wille der Bundesregierung und der Berliner zur Zusammenarbeit gegenüber.

Adenauer erwiderte, er sei in

einem Augenblick nach Berlin gekommen, in dem die internationale Situation gespannt sei. „Ich will damit zeigen, daß die Bundesrepublik und ich persönlich mit dem Schicksal dieser Stadt eng verbunden sind.“

An der Sondersitzung nahmen außer dem Kanzler der gesamte Berliner Senat, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, und Bundesbevollmächtigter Voelkel teil. Wie Lemmer danach mitteilte, hat Adenauer die Volksabstimmung vorgeschlagen und dabei an frühere

(Fortsetzung auf Seite 6)

Der Widerstand

Wik. Vor siebzehn Jahren, am 20. Juli, explodierte ein Führerhauptquartier bei Rastenburg eine Bombe. Derjenige, dem sie galt, kam mit dem Leben davon und übte furchtbare Rache. Tausende wurden gehängt, gefoltert, in Konzentrationslager geworfen und unter grausamen Qualen liquidiert. Die Widerstandsbewegung brach vollends zusammen. Es war eines der dunkelsten und zugleich hellsten Kapitel der deutschen Geschichte.

Viele Soldaten und Offiziere an der Front waren damals bestürzt über die dilettantisch scheinende Planung und Durchführung des Unternehmens. Die führenden Männer des Widerstandes besaßen zwar die ideelle Stoß-, aber nicht die potentielle Durchschlagskraft in einem System totalitärer Zwangsherrschaft. Aber nicht das Ungewissene und Durchschnittliche war an diesem Aufbegehren von epochaler Bedeutung, sondern der Aufstand des Gewissens gegen die Dämonie des Bösen. Mit ihrem Bekenntnis zu den Grundprinzipien göttlicher Ordnung haben damals Männer und Frauen verschiedenster sozialer und politischer Herkunft unserem jungen demokratischen Rechtsstaat ein Stück bester Tradition vorgelebt. Nicht jene „ruhmreiche“ Tradition mit fanatischem Nationalismus und fahnenknatterndem Ritus, sondern eine Tradition von christlich-humanistischem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der staatlichen Obrigkeit. Staatspolitische Indifferenz ist der stärkste Verbündete skrupelloser Demagogie und gleichzeitig schärfster Gegner der Sicherheit des eigenen Volkes.

Verhandlungen über Butter

Bonn (dpa). Der Leiter der Interzonenhandelstreuhandstelle in Berlin, Dr. Leopold, wurde von der Bundesregierung beauftragt, mit der Sowjetzone Verhandlungen über das Butterangebot Bundeskanzler Adenauers aufzunehmen. Dies gab Bundespresseschef von Eckardt in Bonn bekannt. Adenauer hatte in Berlin der Bevölkerung der Zone 5000 Tonnen Butter als Geschenk angeboten.

Der Soldat wird — bis zum „ewigen Frieden“ — stets und in allen Ländern ein Objekt der Politik bleiben. Um so mehr ist es seine Pflicht, ohne übertriebenen Idealismus und ohne Pathos zu prüfen, welchem politischen System er seine schützende Waffenhand leihe. In einer Zeit vornehmlich geistiger Auseinandersetzungen zwischen dem Osten und Westen brauchen wir heute mehr denn je verantwortungsbewußte Staatsbürger in Uni-

form und in Zivil und keine konformistischen Roboter.

Von den geistigen Grundrissen des 20. Juli 1944 führt eine direkte Verbindung zum 17. Juni 1953. Gerade heute, da die Tyrannei in einem anderen Teil unseres Vaterlandes wieder bössartige Triumphe feiert, werden alle Deutschen in allen Teilen Deutschlands die Verpflichtung empfinden, daß man mit dem Erbe auch die Verantwortung übernimmt.

Die Christen „draußen im Lande“

Seit Jahren müssen sich evangelische Gemeinden in der Zone gegen Schikanen wehren

DT/Berlin (Eigenbericht). Der 10. Deutsche Evangelische Kirchentag steht leider unter dem Zeichen der Verbote und Schikanen Pankows, und es wird sich erst noch zeigen müssen, wieweit dieses Treffen der evangelischen Laien vielleicht doch noch zu einem gesamtdeutschen Kirchentag werden kann.

Gesamtdeutsch dagegen ist jetzt schon eine andere Erfahrung geworden: Der Kirchentag und mit ihm zusammen die ganze deutsche evangelische Kirche erleben einmal in Detail und am eigenen Leibe mit aller Deutlichkeit etwas von jener Situation, die für die Pfarrer „draußen im Lande“, in den Dörfern und Städten der Zone seit langem schon zur Alltätigkeit geworden ist, ohne daß in jedem Fall die Weltöffentlichkeit etwas davon erfährt. Die Maßnahmen Pankows im Hinblick auf den Kirchentag sind ein getreues Abbild im großen von jenen kleinen Schikanen und Verboten und Schwierigkeiten, die örtliche Polizei- und Parteiinstanzen seit Jahren fast täglich irgendwo in der Zone den Christen bereiten.

Vor allem die Jugendpfarrer können ein Lied von solchen Schwierigkeiten singen; wenn beispielsweise die Polizei erscheint und erklärt, ein Verkündigungsspiel sei keine kirchliche Veranstaltung. Oder wie es doch letztes wieder beim Kurmärkischen Kirchentag in Potsdam gewesen ist: Da wurde der Jugendgottesdienst auf Hermannswerder untersagt, und die Polizei riegelte die Zugänge zu der kleinen Halbinsel ab, um die Junge Gemeinde daran zu hindern, in die Kirche von Her-

mannswerder zu gelangen. Was taten die Jugendlichen? Sie kletterten irgendwo über eine Mauer. Sie kamen zu Hunderten, so daß das Gotteshaus gar nicht alle fassen konnte, und der Jugendgottesdienst wurde zu einer großen eindrucksvollen Veranstaltung.

Seit Jahren werden die traditionellen Jugendtreffen der Lausitz in Burg im Spreewald durch alle möglichen Maßnahmen schikaniert. Es werden keine Fahrkarten verkauft, man bewilligt keine Autobusse, und auf den Landstraßen versucht Polizei die Besucher abzufangen und zurückzuschicken.

Die evangelischen Christen richten sich darauf ein: Sie kommen auf Fahrrädern oder kilometerweit zu Fuß auf abgelegenen Wegen oder zu Tageszeiten, an denen die Polizei noch nicht aufgestanden ist. Und immer wieder werden auch diese Treffen in der großen alten Spreewaldkirche zu bedeutenden und stärkenden Versammlungen.

Eine besondere Einnahmequelle hat sich der Zonenstaat damit gesichert, daß nachträglich kirchliche Veranstaltungen: Bibelarbeiten, Laienspiele, Freizeiten, Vorträge, obwohl sie in kirchlichen Räumen, Gotteshäusern, Gemeindesälen und Pfarrhäusern stattfanden und nicht anmeldspflichtig sind nach den geltenden Gesetzen, doch als meldepflichtige Versammlungen bezeichnet werden. Die Geldstrafen, die Generalsuperintendenten, Superintendenten und Pfarrer bei solchen Gelegenheiten in Höhe von jeweils 100 oder 150 Mark haben zahlen müssen, gehen mittlerweile in die Tausende.

Trotz Verbot der Sowjetzone

Überfüllte Kirchen in ganz Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Zu einer eindrucksvollen Demonstration der Gemeinsamkeit der evangelischen Christen in Deutschland wurde die Eröffnung des Zehnten Kirchentages in Berlin. Trotz aller Behinderungen waren Zehntausende aus ganz Deutschland nach Berlin gekommen, die auch das Straßenbild im Osten der Stadt bestimmten. Die 13 Kirchen und Gemeindehäuser in beiden Teilen der Stadt, in denen die Eröffnungs- bzw. Bittgottesdienste stattfanden, waren lange vor Beginn überfüllt. In Ostberlin wurden in aller Eile Ausweichveranstaltungen arrangiert, während in Westberlin Hunderte von Menschen vor den Kirchen im Freien den Predigten lauschten.

Sinn des Kirchentages

E.-A. J. In der kurzen dramatischen Geschichte der Kirchentage fällt in diesen Tagen der Vorhang vor einem neuen Akt. Es ist ein tragisches Drama von einer gewissen Ausweglosigkeit, wenn man es mit irdischen Augen ansieht. Unter metaphysischem Aspekt aber haben die Leiden der evangelischen Christen, der Teilnehmer sowohl als auch der Daheimgebliebenen, nicht zuletzt auch die der Verantwortlichen gewiß ihren tiefen Sinn. Zwingen sie nicht zu einer sorgsameren Auseinandersetzung mit den Mächten dieser Welt, vor allem mit den feindlichen, an denen der Kirchentag achtlos vorüberzugehen sonst Gefahr liefe?

Die Worte, welche Präsident von Thadden-Trieglaff und Präses Scharf vor der Presse fanden, spiegeln das schmerzliche Bewußtsein des eigenen Unvermögens, nicht helfen zu können, und des totalen Mißtrauens, das dem Kirchentag von den Staatsorganen der Sowjetzone entgegengebracht wird, wider. Mit der den evangelischen Kirchenführern eigenen Behutsamkeit suchte Scharf das einigende Band auch noch um jene zu schlingen, deren Verhalten gegenüber der Mehrheit der evangelischen Christen und gegenüber der Kirchenleitung nur schwer verständlich ist.

Von solchem Geist versöhnender Toleranz ist freilich ein Artikel im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ weit entfernt, in dem auch jede Reise zum Kirchentag „aus eigener Initiative“ strikt verboten wird. Im übrigen übergießt das Blatt die Kirchentagsleitung wie überhaupt die Spitze der evangelischen Kirche mit

Kübeln von Haß und Verleumdung.

Westberlin wird dem großen Laientreffen ein um so bereitwilligerer Gastgeber sein. Die Zehntausende, die aus der Bundesrepublik hierher gekommen

sind und die nicht unbeträchtliche Zahl jener, die sich unter erheblichen Widerständen aus Mitteldeutschland zu uns durchgeschlagen haben, heißen wir herzlich willkommen. Sie werden mit eigenen Augen sehen, daß hier Friede und Freiheit herrschen und daß die von Pankow ausgestreuten Behauptungen über das Wesen und Wollen des Kirchentages nichts als Lügen sind. Zugleich aber können sie sich davon überzeugen, daß dieser Teil der Stadt keinen Unruheherd darstellt, sondern daß er sich mit aller Kraft der Provokationen von außen erwehren muß.

Scharf: „Umfassendster Kirchentag“

Entscheidung für Berlin war richtig — Angriffe der Ostpresse

Berlin (Eigenbericht/ap/dpa). Als „den umfassendsten Kirchentag, den wir je erlebt haben“, bezeichnete der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Scharf, den 10. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin auf einer Pressekonferenz. Auch jene, die die Entscheidung des Kirchentages, in Berlin zu bleiben, für falsch hielten, und irgendwo im Gebiet der Evangelischen Kirche in Deutschland eigene Veranstaltungen zum Zeichen ihrer abweichenden Beurteilung halten wollten, seien „alle wieder in den Zusammenhang mit dem Berliner Kirchentag einbezogen“, erklärte der Präses. Das gelte auch von jenen, die eigene Vortragsreisen in der Sowjetzone durchführen. Sie gehörten in die Kirchentags-evangelisation mit hinein, die zum Gebet für die Einheit der Kirche und die Freiheit der Verkündigung aufrufen.

Zur politischen Situation Berlins meinte der Präses, hier stießen die Ansprüche der Machtblöcke aufeinander in einem politisch „unlösbar scheinenden tragischen Dilemma“. Deshalb müsse in diesem Augenblick an diesem Ort das sich vereinigende Gebet der Christen „das Wunder der Erhaltung des Friedens und einer Verständigung der Machtblöcke erleben“. „In Berlin muß man

zusammenkommen. Die Lage ist so ernst, daß die Kirche ihr nicht ausweichen durfte“, schloß Scharf.

Zuvor war der Präsident des Kirchentages, von Thadden-Trieglaff, noch einmal auf die unterschiedlichen Meinungen innerhalb des Kirchentags-Präsidiums eingegangen, wo man den Kirchentag für ein umstrittenes Unternehmen in bezug auf seine Durchführbarkeit gehalten habe. Von Thadden wandte sich scharf gegen eine Politisierung des Kirchentages.

Thadden wies in einer Begründung des Kirchentags auf das Gefälle der schnellen technischen Entwicklung und radikalen politischen Veränderungen hin, die „die schützenden Dämme um das eigentlich Menschliche“ weithin niedergeworfen hätten. Hier habe die Evangelische Laienbewegung ständig einen Beitrag zu den heute fälligen Problemen zu leisten. In diesem Zusammenhang ging er besonders auf das Problem der Arbeitsgruppe 6 ein, die sich mit dem Verhältnis von Judentum und Christentum befaßt und erwähnte auch den Eichmann-Prozeß.

Scharfe Angriffe gegen Präses Scharf richtete die Ostpresse in ihren Spalten. Scharf wird „Mißbrauch seines kirchlichen Amtes“ vorgeworfen.

Propaganda-Aktion

Thedieck: Serum-Angebot nur ein Ablenkungsmanöver

Berlin (dpa). Als eine propagandistische Aktion, die von dem wirtschaftlichen Fiasko des Ulbricht-Regimes ablenken solle, bezeichnete der Staatssekretär im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, das Ostberliner Angebot, sowjetisches Serum zur Bekämpfung von Kinderlähmung in die Bundesrepublik zu liefern.

In seiner regelmäßigen Ansprache über den Sender RIAS betonte Thedieck am Sonnabend, die Bundesregierung habe den Bezug des Serums nicht aus politischen Gründen abgelehnt. Er wies darauf hin, daß nicht nur Ostblockländer dieses Serum liefern könnten und betonte, daß der Bundesgesundheitsrat entschieden habe, daß die Anwen-

dung des Polio-Impfstoffes in der Bundesrepublik nur dann zugelassen werden könne, wenn er zuvor auf Unschädlichkeit, Reinheit und Wirksamkeit geprüft worden sei.

„Sollte die Entscheidung der medizinischen Fachleute positiv ausfallen, so könnte die Bundesrepublik den Impfstoff ohne weiteres auch aus der Sowjetzone einführen“, sagte Thedieck. Er meinte, vielleicht entschliesse sich Ostberlin dann, die von der Bundesrepublik angebotenen Lebensmittel anzunehmen, „die man bisher aus Prestige Gründen nicht hat annehmen wollen“. Die Ablehnung der Lebensmittel aus der Bundesrepublik ohne Gegenlieferung mache deutlich, wem es bei diesen Hilfeangeboten um Propaganda gehe.

die Wissenschaft und die Wirtschaft davon wertvolle Erkenntnisse für Gebiete, beispielsweise für den Antrieb von Schiffen oder für das Fernmeldewesen, versprechen. Hinzu kam, daß die Bundesregierung den Engländern, die mit ihrer Raketenforschung einigermaßen in die Klemme geraten sind, gerne helfen wollte und von dieser Hilfe einigen politischen Nutzen erhofft.

30 Millionen pro Jahr

Die Kosten werden für das erste nicht allzu hoch sein. Falls sich alle elf Staaten, die ursprünglich an dem Projekt Interesse zeigten, beteiligen sollten, müßte die Bundesrepublik knapp 20 Prozent der Kosten tragen. Das wären in den ersten fünf Jahren je 30 Millionen DM. Allerdings ist es möglich, daß einige Staaten nicht mitmachen. Zum Beispiel scheint Italien mit amerikanischer Hilfe eigene Wege gehen zu wollen.

Auf eine Zusammenarbeit mit Amerika legt aber auch die Bundesregierung so großes Gewicht, daß sie ihre Zustimmung geradezu davon abhängig gemacht hat. Außerdem verlangt die Bundesregierung, daß die geplante Weltraum-Behörde sich nicht mit dem „Blue-Streak“-Projekt begnügen, sondern bald auch die Entwicklung modernerer Raketen in Angriff nehmen soll.

Kein militärisches Vorhaben

Mit Nachdruck wird in Bonn betont, daß das gesamte Vorhaben nichts mit militärischen Dingen zu tun habe. Die Raketen sollen nur der wissenschaftlichen Forschung dienen. Am Bau militärischer Raketen dürfte sich die Bundesrepublik im übrigen auch auf Grund des Vertrags über die Westeuropäische Union nicht beteiligen. Deshalb liegt auch in dem „interministeriellen Ausschuß“ der Bundesregierung für die Weltraumfahrt der Vorsitz beim Bundesinnenministerium, wenn auch das Verteidigungsministerium darin vertreten ist. Wenn die „Europa-Rakete“ fertig ist, soll sie von dem englischen Übungsplatz Boomerra in Australien abgeschossen werden.

Eine Europa-Rakete in Sicht

Beteiligung der Bundesregierung am „Blue-Streak“-Projekt?

Von unserem Bonner Korrespondenten Wolfgang Wagner

Bonn, im Juli

Die Bundesregierung hat beschlossen, sich an einer europäischen Behörde für die Weltraumforschung zu beteiligen. Ob es zur Errichtung dieser neuen Einrichtung kommt, hängt nun in erster Linie von der Zustimmung anderer Staaten ab. Es wird damit gerechnet, daß sich außer Großbritannien und Frankreich auch noch einige andere Nationen beteiligen werden. In diesem Fall soll innerhalb von fünf Jahren eine europäische Drei-Stufen-Rakete für die friedliche Weltraumforschung entwickelt werden.

Die Anregung zu dem Projekt ging von Großbritannien aus, das in Gestalt seiner „Blue-Streak“-Rakete die erste Stufe der geplanten dreistufigen Rakete sozusagen kostenlos zur Verfügung stellen will. Als zweite Stufe soll die in Frankreich entwickelte „Veronique“ dienen, die teilweise auf deutschen Vorarbeiten aus der Kriegszeit beruht.

Die deutsche Zustimmung zu dem Vorhaben wird unter an-

derem davon abhängig gemacht, daß Industriebetriebe im Bundesgebiet maßgeblich an der Entwicklung der dritten Stufe beteiligt werden, die zwar nur eine geringe Schubkraft zu haben braucht, dafür aber technisch um so komplizierter und anspruchsvoller ist, da sie unter anderem die Instrumente zur Fernsteuerung der gesamten Rakete enthalten wird.

Es ist der Bundesregierung nicht leichtgefallen, sich zur Beteiligung an dem „Blue-Streak“-Projekt zu entschließen, da es mehrere Nachteile aufweist. In mancher Hinsicht wäre es besser gewesen, den Amerikanern jeweils ihre modernsten Raketen abzukaufen, wozu die amerikanische Regierung im Prinzip bereit war. Bei der jetzt geplanten europäischen Drei-Stufen-Rakete muß man befürchten, daß sie schon in dem Augenblick veraltet ist, wenn sie zum erstenmal in den Weltraum geschossen werden kann.

Trotzdem hat man sich zu einer eigenständigen Raketenforschung entschlossen, weil sich

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2

Mit Adenauer durch Berlin

Zehntausende winkten dem Bundeskanzler bei seiner Fahrt begeistert zu

Wenn auch nicht mit Pauken und Trompeten und mit einer Ehrenkompanie der Bereitschaftspolizei, so doch nicht weniger herzlich und begeistert empfing Berlin, an der Spitze Minister Lemmer und der Regierende Bürgermeister, Dr. Vockel und Bürgermeister Amrehn bei strahlendem Sonnenschein Bundeskanzler Adenauer zu seinem 21. Besuch in der deutschen Hauptstadt.

Es war zunächst wie immer bei solchen Gelegenheiten auf dem militärischen Teil des Flughafens Tempelhof: Die Kameramänner und Bildreporter stritten sich schon lange vorher um die besten Plätze und konnten sich nicht einigen, wo die beiden von der Polizei für sie bereitgestellten „Lastwagen-Tribünen“ postiert werden sollten. Dicht gedrängt standen sie später auf den Ladeflächen der Lkw und warteten wie der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Müllerburg, und die Senatsmitglieder auf die für 9.30 Uhr angesetzte Ankunft des Bundeskanzlers.

Die Politiker sowie die Protokollchefs der drei westlichen Alliierten und des Senats vertrieben sich, in Schwarz oder in dezentem Dunkelgrau gekleidet, die Zeit mit angeregter Unterhaltung. Um 10 Uhr rollte dann der amerikanische Silbervogel auf die Betonbahn unter dem Dach des Flugbahnsteigs. Die eingebaute Gangway des Flugzeuges wurde heruntergelassen, zwei Dutzend Bereitschaftspolizisten bildeten Spalier. Als erster begrüßte der Regierende Bürgermeister Dr. Adenauer.

Dann traten Adenauer und Brandt vor die Mikrophone.

Ohne Umschweife, so, als ob er die 30 Minuten Verspätung aufholen wollte, wandte sich der Bundeskanzler dem bereits vorgefahrenen schwarzen 300-Mercedes-Kabriolett zu und nahm an der Seite Brandts Platz. Die Autokolonne, eskortiert von 12 „Weißen Mäusen“ wurde von mehreren hundert Berlinern bereits am Flughafentor Columbiamdamm begeistert begrüßt. Auch an den Straßenkreuzungen entlang der Duden-, Kolonnen-, Haupt- und Dominicusstraße hatten die Berliner trotz der Verspätung ausgeharrt. Enttäuscht waren sie weniger über die kleine Verspätung, sondern vielmehr darüber, daß Adenauer

im geschlossenen Wagen fuhr — eine vorsorgliche Maßnahme wegen des empfindlichen Halses des Bundeskanzlers, wie es hieß.

Über 3000 Berliner hatten sich vor dem Rathaus Schöneberg eingefunden, winkten dem Bundeskanzler zu und begrüßten ihn durch Händeklatschen. Viele Beamte und Angestellte des Senats und der Bezirksverwaltung hatten Kugelschreiber und Schnellhefter beiseite gelegt und im Rathaus ein Spalier gebildet. Auch hier wurde der Bundeskanzler von den Mitarbeitern der Verwaltung und von zahlreichen Rathausbesuchern herzlich begrüßt, bevor er im Dienstzimmer des Bürgermeisters das erste Berlin-Gespräch führte.

Spalier im Rathaus

Überall an den Straßenkreuzungen standen die Berliner und warteten auf den Bundeskanzler, der etwa um 11.45 Uhr von einem Besuch der Witwe des verstorbenen Bundesministers Jakob Kaiser durch Zehlendorf zum Waldfriedhof fahren sollte. Ihre Geduld wurde aber auf eine harte Probe gestellt. Erst gegen 13 Uhr erschien in schneller Fahrt die Kolonne schwarzer Limousinen. Vielfach wurde Unmut darüber laut, daß die Polizei über die Verzögerung nicht informiert war, und daß sie keinen Lautsprecherwagen auf der Fahrstrecke entlangfahren ließ.

Im Kanzlertempo zur Oper und nach Plötzensee

Am Grabe Jakob Kaisers auf dem Waldfriedhof an der Potsdamer Chaussee warteten unterdessen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Zusammen mit der Witwe Jakob Kaisers erschien dann Bundeskanzler Adenauer und verweilte längere Zeit vor dem Gedenkstein, nachdem der Kranz am Grabe niedergelegt war.

Wer am Nachmittag die als Stadtrundfahrt bescheiden umschriebene „Rallye Berlin“ des Bundeskanzlers mitgemacht hat, wird sie so leicht nicht vergessen. Mancher routinierte Manager mit nur der Hälfte der Lebensjahre Adenauers dürfte dem Tagespensum kaum gewachsen sein.

Der zeitliche Rückstand war inzwischen so weit aufgeholt worden, daß mit nur wenigen Minuten Verspätung etwa um 17.40 Uhr Start in der Koenigsallee war. In dem schon sprichwörtlichen Kanzlertempo rasten die schweren Wagen dann durch die Stadt, über den neuerbauten Teilabschnitt der Stadtautobahn und weiter zur Nordwestbogenbrücke. Über eine provisorische Auffahrt wurden beide Seiten viele Monate vor der offiziellen Eröffnung durch den Bundeskanzler zum erstmalig befahren.

Das nächste Ziel war der Neubau der Deutschen Oper Berlin, durch die der Architekt Bornemann den Kanzler führte. Adenauer zeigte sich zwar von dem Gesamtbau sehr beeindruckt, gab aber zu verstehen, daß er von der Farbenfreudigkeit nicht recht überzeugt war.

Kritisch waren auch seine Fragen in der Akademie im Hansaviertel, die ihm von dem Senatsbaudirektor Düttmann erläutert wurden. Die eigenartige Dachkonstruktion fand sein ganz besonderes Interesse. Aber auch Einzelheiten wie das Material der hellgrauen Teppiche regte ihn zu Fragen an.

Zwischen den düsteren roten Mauern des Gefängnisses Plötzensee stieg der Bundeskanzler dann zum drittenmal aus dem Wagen. Lange betrachtete er die Gedenkstätte für die Opfer des 20. Juli und versäumte auch nicht, einen Blick durch die Gitterstäbe der grausigen Hinrichtungsstätte zu werfen, in der Hunderte der Besten unseres Volkes an Fleischerhaken ihr Leben lassen mußten. Über den von Menschen dicht umsäumten Kurfürstendamm ging dann die Fahrt nach einer „heißen“ Stunde wieder zur Koenigsallee zurück. **Tb./Dob.**

Als Graf Galen predigte . . .

Vor zwanzig Jahren: Der mutige Widerstand gegen Hitler von der Bischöflichen Kanzlei in Münster

In diesen Tagen jährt es sich zum 20. Male, daß der Bischof von Münster, Klemens August Graf von Galen, in der Lamberti-Kirche zu Münster die Öffentlichkeit in seinen berühmt gewordenen Predigten aufrief, sich gegen die Untaten des Nationalsozialismus aufzulehnen. Drei Predigten waren es vor allem, in denen der Bischof und spätere Kardinal mit aller Schärfe die nationalsozialistische Rassenhetze und Staatsvergötzung geißelte und die Gläubigen

In seiner ersten Predigt am 13. Juli nahm Bischof Graf Galen gegen die Vertreibung von Ordensleuten aus ihren Klöstern, gegen die Beschlagnahme kirchlichen Eigentums und gegen die willkürliche Freiheitsberaubung katholischer Priester Stellung. Wörtlich erklärte er: „Ich bin mir bewußt, daß ich als Bischof, als Verkünder und Verteidiger der von Gott gewollten Rechts- und Sittenordnung, die jedem einzelnen ursprüngliche Rechte und Freiheiten zuspricht, vor denen nach Gottes Willen alle menschlichen Ansprüche halmachen müssen, berufen bin, die Autorität des Rechts mutig zu vertreten und eine verteidigungslose Verdammung Schuldloser als himmelschreiendes Unrecht zu verurteilen. Die Gerechtigkeit ist das einzig tragfeste Fundament aller Staatswesen.“

In seiner Predigt vom 3. August 1941 prangerte Graf Galen, der wegen seiner unerschrockenen Haltung den Ehrentitel „Löwe von Münster“ erhielt, das „schreiende Unrecht“ der Tötung von Geisteskranken unter dem Vorwand, sie seien „unproduktiv“ und „lebensunwert“, an. Wenn erst einmal zugegeben würde, daß Menschen das Recht

haben, „unproduktive“ Mitmenschen zu töten, dann, so erklärte der Bischof, sei grundsätzlich der Mord an allen „unproduktiven“ Menschen, den unheilbar Kranken, wie allen, die alt und altersschwach geworden seien, freigegeben.

Die Willkürmaßnahmen der Gestapo kritisierte Graf Galen mit Worten, von denen man heute kaum noch glauben kann, daß sie tatsächlich im Jahre 1941 öffentlich gesprochen wurden: „Keiner von uns ist sicher, und mag er sich bewußt sein, der treueste, gewissenhafteste Staatsbürger zu sein. Mag er sich völliger Schuldlosigkeit bewußt sein, daß er nicht eines Tages aus seiner Wohnung geholt, seiner Freiheit beraubt, in den Kellern und Konzentrationslagern der Geheimen Staatspolizei eingesperrt wird. Ich bin mir darüber klar, das kann auch heute, das kann auch eines Tages mir geschehen. Weil ich dann nicht mehr öffentlich sprechen kann, will ich heute öffentlich sprechen, will öffentlich warnen vor einem Weiterstreiten auf einem Wege, der nach meiner Überzeugung Gottes Strafgericht auf die Menschheit herabruft und zum Unglück und Verderben für unser Volk und Vaterland führen muß.“

Für seinen unvergleichlichen Mut und seine höchste Einsatzbereitschaft verlieh Papst Pius XII. dem Bischof Graf Galen im Jahre 1946 den Kardinalshut. DT

Neue Sozial-Enzyklika

Vatikanstadt (ap). Papst Johannes veröffentlichte am 14. Juli die neue Enzyklika „Mater et Magistra“ (Mutter und Lehrmeisterin), in der die katholische Kirche Stellung zu den sozialen Problemen des 20. Jahrhunderts festlegt. Die Enzyklika, die nach den Worten des Papstes „an alle Christen ohne Klassenunterschied“ gerichtet ist, ist eine auf den aktuellen Stand gebrachte Fortsetzung der grundlegenden Sozial-Enzyklika „Rerum novarum“ (von neuen Dingen), die Papst Leo XIII. am 15. Mai 1891 erlassen hatte. Als Grundproblem der modernen Zeit wird in der neuen Enzyklika die Lage der minderprivilegierten Völker und unterentwickelten Gebiete der Welt genannt. Die päpstliche Verkündung nimmt ferner eingehend Stellung zum Problem der „Vergesellschaftung“, zur Frage des Privateigentums und des Grundbesitzes sowie zu den von Papst Johannes als „größte Bedrohung unserer Epoche“ bezeichneten Lehren des atheistischen und materialistischen Kommunismus.

aufforderte, die göttlichen Gebote zur Richtschnur des Lebens zu nehmen und Ernst zu machen mit dem Wort: „Lieber sterben als sündigen“.

Trotz schärfster Überwachung durch die Geheime Staatspolizei wurde der Wortlaut seiner Predigten, die er am 13. Juli, am 20. Juli und am 3. August 1941 hielt, in Tausenden von Exemplaren vervielfältigt und in ganz Deutschland sowie über die deutschen Grenzen hinaus verbreitet.

Adenauer für Volksabstimmung

(Fortsetzung von Seite 1)

Vorschläge ähnlicher Art erinnert. Als Termin sei der 17. September genannt worden, der Tag der Bundestagswahlen.

In einem Kommuniqué über die Sondersitzung bekräftigten Adenauer und der Berliner Senat ihre übereinstimmende Haltung in der Berlin-Politik. Sie erkannten ein Fünf-Punkte-Programm als Grundlage der deutschen Berlin-Politik an, das im Januar 1960 schon einmal vom Senat beraten worden war. Die fünf Punkte sind:

1. Die Anwesenheit der Westmächte in Berlin beruht auf unveränderter Rechtsposition.

2. Die in den vergangenen Jahren erfolgte Eingliederung Berlins in das Rechts-, Finanz- und Wirtschaftssystem des Bun-

des ist ein Grundpfeiler für die freiheitliche Existenz der Stadt.

3. Der freie Zugang von und nach Berlin darf nicht eingeschränkt werden.

4. Keine Vereinbarung über Berlin darf den eindeutigen Willen der Berliner Bevölkerung unberücksichtigt lassen.

5. Berlin muß weiterhin Begegnungsstätte der Deutschen bleiben.

In der Sondersitzung wurden auch Einzelprobleme behandelt, so die Frage der Grenzgänger und die Situation in der Sowjetzone.

Der Regierende Bürgermeister Brandt nannte die Aussprache „sehr nützlich und offen“. Adenauer habe dem Senat „unbeschadet von den Tätigkeiten, die die Herren sonst noch ausüben“, enge Kontakte zugesagt.

CDU startete Großangriff auf SPD und FDP

Wahlkundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle mit fast allen Bundesministern

Dortmund (dpa/ap). Mit scharfen Angriffen gegen SPD und FDP, einem Bekenntnis zur Stärkung der NATO und der Forderung nach kontrollierter Abrüstung vor jedem Friedensvertrag eröffnete Bundeskanzler Adenauer vor über 20 000 Menschen in der Dortmunder Westfalenhalle offiziell den Bundestagswahlkampf der CDU. Bundeswirtschaftsminister Erhard verwies die Versprechungen des SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt mit beißender Ironie in das „Reich der Unwirklichkeit“. Die Haltung der Sozialdemokraten entspringe nicht einer besseren Einsicht, sondern lediglich einer taktischen Wendung. An der Kundgebung nahmen fast alle Bundesminister teil.

„Wir haben zwei Gegner gegen uns, die wir unbedingt niederkämpfen müssen. Das sind einerseits die Sozialdemokraten, das sind aber auch die Freien Demokraten“, sagte Adenauer. Besonders wandte sich der Kanzler gegen den Vorwurf des FDP-Pressedienstes, die CDU betreibe „tägliche Gotteslästerung, indem

der Bundeskanzler vor, daß sie sich neuerdings wieder für eine atomwaffenfreie Zone in Europa und für eine Neutralität Deutschlands einsetzten. Deutschland würde aber schnell in den Einflußbereich der Sowjetunion geraten, wenn es neutral würde. Adenauer bezichtigte die SPD außerdem, sie wünsche die Überführung der wichtigsten Industrien in die öffentliche Hand.

Zur sozialdemokratischen Forderung nach einer gemeinsamen Außenpolitik bemerkte der Kanzler, bei der SPD verhalte es sich so wie bei einer sich häutenden Schlange: „In

der neuen Haut steckt doch das alte Tier.“

Friedensverhandlungen ohne eine kontrollierte Abrüstung bezeichnete der Kanzler als sinnlos. Er betonte, nur durch eine kontrollierte Abrüstung könne eine Entspannung erreicht werden, durch die dann auch Berlin gerettet wäre und die Wiedervereinigung Deutschlands in greifbare Nähe rücken würde.

Bundeswirtschaftsminister Erhard hielt der SPD vor, sie habe so oft Schiffbruch erlitten, daß sie jetzt nur noch das CDU-Programm nachahmen könne. Der Minister verglich die SPD mit einem Gemischtwarenladen, in dem es alles zu kaufen gebe. Der SPD-Kanzlerkandidat Brandt wage auf seinen Wahlreisen nicht mehr, das Wort Sozialismus in den Mund zu nehmen.

Erhard erklärte, die Sozialdemokratische Partei sei nicht mit dem Arbeiter identisch. Die Idee des Klassenkampfes finde in der deutschen Arbeiterschaft kein Echo, da es dank der Leistungen der CDU keine Proletarier mehr gebe.

Jeder zweite

hat langes Wochenende

Köln (ap). Die Losung „Sams- tag gehört Vati mir“, vor einigen Jahren als sozialpolitische Forderung zum 1. Mai verkündet, ist heute bereits für etwa die Hälfte aller Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Wirklichkeit. Das Deutsche Industrieinstitut in Köln teilte am Sonnabend mit, daß gegenwärtig von den 21 Millionen Beschäftigten rund 10 bis 11 Millionen die Fünf-Tage-Woche und damit zumeist ein „langes Wochenende“ haben.

sie Christi Namen an das Schild ihrer Partei“ schlage.

Adenauer erklärte, die FDP habe damit die CDU tief verletzt und ihre Ehre besudelt. Er glaube nicht, daß mit solchen Erklärungen Koalitionsverhandlungen eingeleitet werden könnten. Adenauer betonte, er erwarte, daß die FDP-Führung von ihren Behauptungen offiziell abrücke. „Wir können nicht mit einer Partei verhandeln, die uns in einer solchen Weise schmäht.“ Den Sozialdemokraten warf

Zehn Jahre Zuchthaus für Krenz

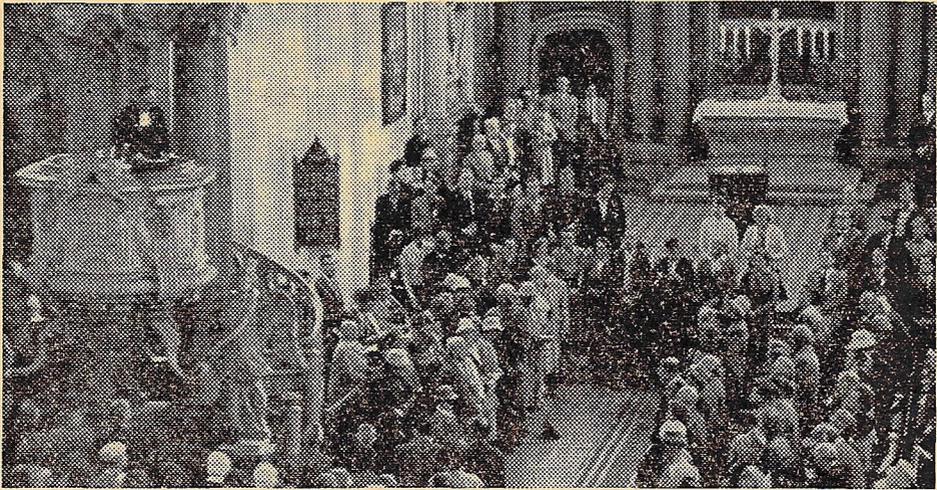
Bundesrichter Dr. Weber: Wichtige Staatsgeheimnisse verraten

Karlsruhe (upi). Wegen fortgesetzten Landesverrats verurteilte der Dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe den 49 Jahre alten ehemaligen Kapitänleutnant der Bundesmarine Walter Krenz zu zehn Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Das Urteil entsprach dem Antrag der Bundesanwaltschaft.

In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß Krenz während seiner dreijährigen Verratstätigkeit für den sowjetischen Nachrichtendienst mindestens fünf äußerst wichtige Staatsgeheimnisse verraten habe. Deswegen könne die Schuld des Angeklagten überhaupt nicht überbewertet werden, sagte Bundesrichter Kurt Weber in der Urteilsbegründung. Das

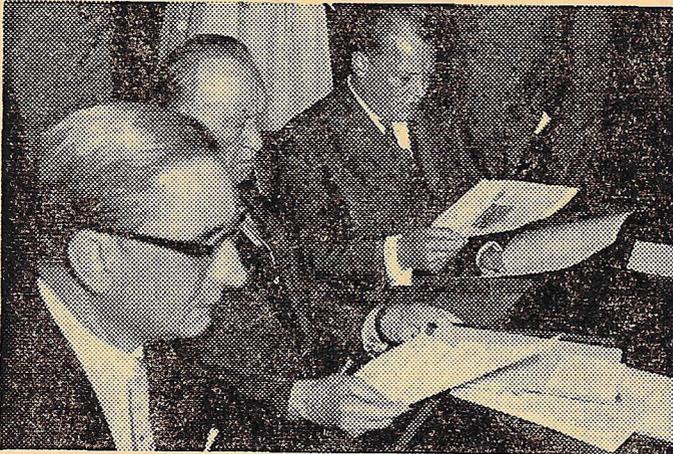
Motiv für den Verrat sei nicht ganz geklärt worden. Geld habe zwar eine Rolle gespielt, aber das Spitzelhonorar von 2400 DM sei im Vergleich zum Wert des verratenen Materials geradezu lächerlich gewesen. Darunter hätten sich ein Aufstellungsplan der Bundesmarine, ein streng vertraulicher nachrichtendienstlicher Bericht, Angaben über eine streng geheime neuartige Waffenentwicklung und detaillierte Beschreibungen eines neuartigen Radarsystems befunden. Bei Krenz habe es sich offenbar um jenen Typ des Spezialisten gehandelt, der wegen seiner technischen Pläne die Realitäten der Umwelt nicht mehr gesehen habe.

Krenz nahm das Urteil ohne sichtliche Erregung entgegen.



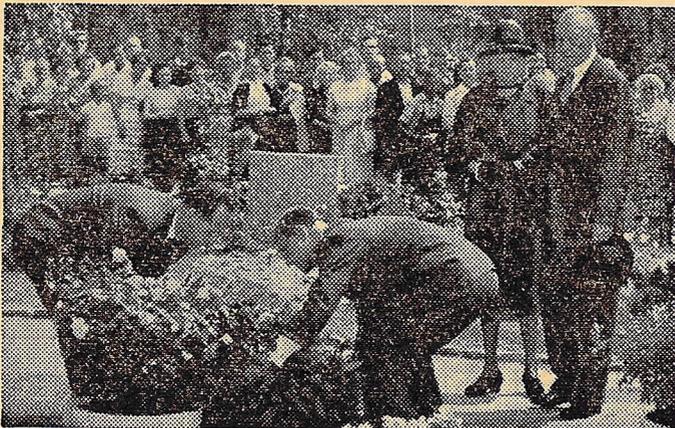
BILDER DER WOCHE:

Oben: Dokument zum Zehnten Evangelischen Kirchentag. In der Ostberliner Marienkirche hielt Präses Scharf den Bittgottesdienst. Obwohl die Ordner sich bemühten, nur so viele Menschen einzulassen, wie Plätze vorhanden, standen die Gläubigen in den Gängen.



Mitte:

85 Minuten dauerte die Besprechung, die der Bundeskanzler anlässlich seines kürzlichen Besuches in Berlin mit dem Berliner Senat hatte. Unser Bild zeigt Bundeskanzler Adenauer zwischen Bürgermeister Amrehn und dem Regierenden Bürgermeister Brandt.



Unten:

Am Grab Jakob Kaisers. Neben Adenauer Frau Kaiser-Nebgen.